



Team Medien

Öffentlichkeit herstellen – unser Ding!

Zusammenziehung der ÖA-Verantwortlichen der BV

In der ersten Aprilwoche haben sich die Verantwortlichen für die Öffentlichkeitsarbeit der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft in Königswinter getroffen und notwendige Neuausrichtungen besprochen und auf den Weg gebracht.

Drei Tage – eigentlich viel zu wenig Zeit, um die Fülle des Aufgabenbereichs komplett abzudecken, deswegen gab es am Ende des Seminars einige Hausaufgaben mit auf den

Weg. Eine hohe Motivation war und ist der Antrieb, die Darstellung der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft ständig kritisch zu hinterfragen und zu verbessern. Das ist auch der Grund dafür, dass die „Hausaufgaben“ nicht als Belastung gesehen werden, sondern die Motivation noch steigern.

Mittelpunkt der Darstellung der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft ist und wird auch die Homepage www.dpolg-bundespolizeigewerkschaft.de bleiben.

Auf der Homepage werden alle wichtigen Informationen über die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft bereitgestellt. Vom Bundesvorstand bis in die Ortsverbände können die Ansprechpartner gefunden werden.

- > Wer arbeitet in den Geschäftsstellen?
- > Was beinhaltet die Mitgliedschaft bei der DPoIG?
- > Welche Vorteile gibt es in Bezug auf unsere Partner?

- > Wie kann ich Mitglied werden?
- > Alle Infos über die aktuelle Arbeit des Bundesvorstandes und die der Bezirksverbände.

Dies und vieles mehr gibt es auf der Homepage zu finden. Eine Homepage unterliegt der ständigen Anpassung und Einstellung der neusten Informationen. Das ist nur eine der Aufgaben des Medienteams, aber eine wichtige.

Die Homepage wurde vor gut einem Jahr auf das neue Layout umgestellt und die Nutzung vereinfacht. Kurz vor dem Seminar konnte auch die Umstellung der „Dienstangängerseite“ auf das neue Layout vollzogen werden. Die Struktur wurde auch hier angepasst, das Finden von Informationen vereinfacht.

Online ist die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft nicht nur über die Homepage erreichbar. Auch die gängigsten Social-Media-Kanäle nutzen wir, um Informationen über unsere Ar-



> Dirk-Ulrich Lauer, stellvertretender Bundesvorsitzender

beit zu veröffentlichen. Social-Media-Kanäle zu nutzen ist ein Muss, da hier die Infos schneller veröffentlicht und an einen größeren Personenkreis gerichtet werden können.

Die Qualität und auch Quantität der Veröffentlichungen erfordert ein motiviertes und gut aufgestelltes Medienteam. Zuständigkeiten, Erreichbarkeiten, Ansprechpartner müssen geregelt sein, auch dies wurde besprochen und umgesetzt.

Impressum:

Redaktion:
Dirk-Ulrich Lauer
Tel.: 0173.2663575
dirkulrich.lauer@dpolg-bpolg.de
Geschäftsstelle und Redaktion:
Seelower Str. 7
10439 Berlin
ISSN 0943-9463





Die Zahl der Online-Redakteure konnte während des Seminars erhöht werden.

Für die zukünftigen Homepage-Redakteure gab es während des Seminars eine Einweisung in das System des „Back-End“ der Homepage. Hier gilt unser Dank dem dbb Redaktionsteam für die umfangreiche Einweisung in das System unserer Homepage. Das dbb Team steht auch weiterhin für Fragen rund um die Technik hinter der Homepage zur Verfügung.

Im Seminar gab es eine kurze Einweisung in die Welt der Portrait-Fotografie, welche im Anschluss in der Praxis angewendet und besprochen wurde. Ein paar nützliche Tipps kompakt und von kompetenter Seite anschaulich mit Fotomaterial untermauert. Der rechtliche Umgang mit Fotos war selbstverständlich ebenfalls Thema.

Ein wichtiger Besprechungspunkt war und ist es die Arbeit des Teams „Mediengestaltung“ zu erläutern. Wie muss das „Material“ an das Team geliefert werden und worauf ist zu achten? Zentrale Themen, die die Arbeit des Teams in Zukunft erleichtern sollen. Schon während des Seminars wurden neue zentrale E-Mail-Adressen eingerichtet. Für die Anlieferung von Fotos und Textbeiträgen für die Mediengestalter ist die E-Mail medien@dpolg-bpolg.de eingerichtet worden. Eine weitere zentrale E-Mail-Adresse ist für die Anlieferung

von Material für die Homepage eingerichtet worden: E-Mail:homepage@dpolg-bpolg.de

Das Team Medien hat sich darauf geeinigt für die zukünftige Arbeit einige Richtlinien schriftlich zu fixieren und bei der nächsten Sitzung des Bundeshauptvorstandes vorzustellen. Eine Gestaltungsrichtlinie ist ein zentraler Punkt, um ein einheitliches Auftreten nach außen zu gewährleisten.

„Wir haben in den beiden letzten Jahren viel angepackt und umgestaltet. Es war nicht immer einfach und vergnügungssteuerpflichtig, aber es hat funktioniert, und zwar gut. Die ständige Überprüfung und Anpassung des eigenen Aufgabenbereiches muss ein durchgehender Prozess sein und bleiben. Wer sich nicht verändert, wird überrollt von den Entwicklungen, insbesondere im Aufgabengebiet der Öffentlichkeitsarbeit. Die Welt der sozialen Medien ist ständig im Wandel, unterschiedliche Kanäle werden von unterschiedlichen Altersgruppen genutzt. Wir bleiben dran und fokussiert auf unsere Aufgabe“, so Dirk-Ulrich Lauer, stellvertretender Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft.

Der POLIZEISPIEGEL als Medium wurde natürlich nicht vergessen. Der Aufbau und die Struktur des Teams rund um den POLIZEISPIEGEL wurden erläutert. Texte und



Bilder zur Veröffentlichung werden gerne entgegengenommen.

Ein ganz großes Lob geht an dieser Stelle an Lars Frosina für den hervorragenden Support rund um das Seminar. Unser Dank geht auch an das Team der dbb akademie in Königswinter. Das hervorragende Essen und die allabendliche Betreuung alleine sind es schon wert in Königswinter Seminare durchzuführen.

Das Seminar war das erste in dieser Runde, aber nicht das letzte. Es ist allen Teilnehmern klar, dass wir uns regelmäßig treffen und den Personenkreis erweitern müssen, damit alle

Bezirksverbände abgebildet sind.

Wir stehen als Team gerne jederzeit zur Verfügung. Auch über konstruktive Kritik haben wir ein offenes Ohr.

Hier noch einmal die Erreichbarkeiten des Medienteams:

- > medien@dpolg-bpolg.de (Bilder und Texte für Veröffentlichungen)
- > homepage@dpolg-bpolg.de (Veröffentlichungen Homepage)

Ansprechpartner für das Team:

- > Dirk-Ulrich Lauer, dirkulrich.lauer@dpolg-bpolg.de, 0173/2663575





Einsatzverpflegung

Vegan in der Bundespolizei

Die Zahl derer, die sich aktiv um eine gesunde oder auch alternative Ernährungsweise kümmern, wird ständig größer. Dies ist eine Tatsache, die auch die Bundespolizei in verstärktem Maße betrifft und Anpassungen notwendig macht.

Eine 2020 durchgeführte Ernährungsstudie befasst sich unter anderem mit Zahlen über Anhänger alternativer Ernährungsweisen. So haben wir in Deutschland folgende Zahlen:

- > 4,4 Prozent Vegetarier (Bedeutet, dass neben pflanzlichen Lebensmitteln nur Produkte des lebenden Tieres verzehrt werden.)
- > 3,2 Prozent Veganer (Veganer verzichten auf alle Nahrungsmittel tierischen Ursprungs. Einige meiden darüber hinaus auch andere Tierprodukte und lehnen weitere Formen der Nutzung von Tieren ab.)
- > 29,1 Prozent Flexitarier (Der Flexitarismus ist eine Esskultur, welche den gelegentlichen Fleischkonsum zulässt, ihn jedoch nicht zum Mittelpunkt macht.)
- > 4,6 Prozent Pescetarier (Pescetarismus ist eine Ernährungsweise, bei der auf den Verzehr von Fleisch, nicht jedoch auf Fisch verzichtet wird.)

Nehmen wir die Zahlen aus der Studie, kann man davon ausge-

hen, dass bereits 2020 circa 1 500 vegan lebende Kolleginnen und Kollegen in der Bundespolizei ihren Dienst verrichteten. Die Zahl dürfte mittlerweile bei geschätzt über 2 000 liegen.

Glücklicherweise haben sich die Wahrnehmung und das Bewusstsein der Menschen in den letzten Jahren grundlegend verändert. Vegan oder vegetarisch zu leben ist kein Nischenphänomen mehr und wird gesellschaftlich mehr als nur akzeptiert. In Deutschland dürfte es circa drei Millionen Veganer geben und circa vier Millionen Vegetarier, Tendenz steigend.

Die Zahl der Flexitarier ist auch eine sehr interessante Größenordnung. Fast 30 Prozent in Deutschland bekennen sich zu einer flexitarischen Lebensweise.

Gründe für eine flexitarische oder auch vegane/vegetarische Ernährungsweise sind vielfältig, aber das Hauptargument ist immer noch die eigene Gesundheit. Nachhaltigkeit und Umweltschutz sind weitere Aspekte beim Lebensmitteleinkauf. Insbesondere bei den Veganern hat selbstverständlich der Tierschutz auch einen hohen Stellenwert.

Ob und wie Veganer von ihrer Ernährung gesundheitlich pro-

fitieren, ist noch vergleichsweise wenig erforscht. Gesichert ist immerhin, dass sich der Verzicht auf tierische Lebensmittel bei einer sonst ausgewogenen Ernährung nicht schädlich auswirkt – allerdings kostet das etwas Aufwand. Die zuweilen schlechtere Versorgung mit bestimmten Nährstoffen führt bei Veganern allerdings nicht zwangsläufig zu Mangelerscheinungen. Da sie meist gesund leben, nicht rauchen, kaum Alkohol trinken und sich mehr bewegen, haben sie oft einen geringeren Nährstoffbedarf als die Durchschnittsbewölkerung: Sie müssen mit Vitaminen und Mineralstoffen weniger schädliche Einflüsse kompensieren als ihre Mitmenschen. Auch präventiv scheint der Verzicht auf alle tierischen Produkte zu wirken: Vor Typ-2-Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die oft durch Übergewicht und Bluthochdruck entstehen, sind Veganer möglicherweise noch besser gefeit als Vegetarier.

Die Bundespolizei ist in Teilen auch schon aufmerksam geworden und bietet in einigen Bereichen bereits vegane Gerichte in den Küchen an. Insbesondere wird in den BPOLAFZ in Bielefeld, Diez und Bamberg auf die vegane Ernährungsalternative eingegangen. Das zeigt, dass insbesondere der polizeiliche Nachwuchs für die alternativen Ernährungsweisen ein offenes



Dirk-Ulrich Lauer, stellvertretender Bundesvorsitzender

Ohr hat. Es ist also zu erwarten, dass immer mehr Kolleginnen und Kollegen diese Form der Ernährung bevorzugen.

Insbesondere die Bundesbereitschaftspolizei steht hier einer neuen Herausforderung gegenüber. Wie kann man gewährleisten, dass die Einsatzverpflegung auch diesen Kolleginnen und Kollegen gerecht wird? Verpflegungsbeutel im Einsatz zur Verfügung zu stellen bedeutet Mehraufwand, aber ein Mehraufwand, der sich lohnt. Alternativ könnte eine Lösung sein, die Kolleginnen und Kollegen aus der Gemeinschaftsverpflegung herauszunehmen. Alternative kann es definitiv nicht sein, dass Verpflegungsbeutel den Weg in die Mülltonne finden.

Die Bundesregierung hat im Übrigen ein Maßnahmenpro-



gramm zur Nachhaltigkeit erstellt. „Nachhaltigkeit konkret in Verwaltungshandeln umsetzen“ lautet die Überschrift.

So heißt es in diesem Papier unter anderem:

Vor dem Hintergrund der erheblichen Auswirkungen des Ernährungsverhaltens auf Gesundheit und Umwelt wird die Gemeinschaftsverpflegung in den Kantinen der Bundesverwaltung an die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung unter anderem wie folgt ausgerichtet:

Tägliches Angebot mindestens eines vollwertigen ovo-lacto-vegetarischen Gerichts zu allen

Mahlzeiten, das möglichst nicht ausschließlich aus einer Süßspeise bestehen sollte. Dabei werden die Milch und Ei enthaltenden Komponenten nach Möglichkeit getrennt angeboten, um lacto-vegetarische beziehungsweise vegane Varianten zu ermöglichen.

Im Gespräch mit betroffenen Kolleginnen und Kollegen wurde schnell klar, dass diese auch gerne das Gespräch suchen, um die Verantwortlichen bezüglich dieses Themas zu sensibilisieren, zu beraten und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Kontakt kann gerne über den Textverfasser hergestellt werden. Ich selbst als Verfasser des



© pixabay (2)

Textes gehöre nicht zur Gruppe der Veganer oder Vegetarier. Die Einordnung als Flexitarier ist vielleicht noch möglich. Eine bewusste Ernährung war aber auch schon immer ein Thema

für mich als Bundespolizist und Sportler.

Es ist ein spannendes Thema und wir werden weiter am Ball bleiben. ■

Transport und Lagerung der Dienstwaffe außerhalb des Dienstes

Dienstwaffe – ist mit drin

Manchmal ist es nötig, dass Kolleginnen und Kollegen die Dienstwaffe außerhalb des Dienstes mit nach Hause nehmen.

Dazu bedarf es einer Diensthaftpflichtversicherung, welche Schäden durch den Gebrauch der Dienstwaffe abdeckt. Außerdem muss der Verlust abgesichert sein.

Mit einer Mitgliedschaft in der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft ist auch das Führen der

Dienstwaffe außerhalb des Dienstes abgesichert. Vorausgesetzt wird, dass die Waffe entsprechend den Bestimmungen des Waffengesetzes gelagert und transportiert wird (§ 36 WaffG).

Die Deckungssumme für Personen- und Sachschäden beläuft

sich auf jeweils bis zu 10 000 000 Euro. Außerdem ist das Abhandenkommen von persönlichen Ausrüstungsgegenständen bis 5 000 Euro durch die Mitgliedschaft versichert.

Also ist alles ausreichend abgesichert, es bedarf keiner zusätzlichen Versicherung.

Ein entsprechender Nachweis zur Vorlage beim Dienstherrn stellt die Geschäftsstelle Berlin

der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft gerne aus.

Für die korrekte Lagerung der Dienstwaffe gibt es ein besonderes Angebot unseres DPoIG-Marktes:

DPoIG Markt select – www.dpolg-markt-select.de

Gern können Sie sich auch telefonisch beim DPoIG Markt unter 0451/5040151 erkundigen. ■

Das günstige Angebot
Kurzwaffen-Tresor!
statt 285 € jetzt
ab 219,- €
inkl. MwSt und Versand.

Angebote unter Aktionsprodukte

© DPoIG



Bundesrat will Änderung des Luftsicherheitsgesetzes

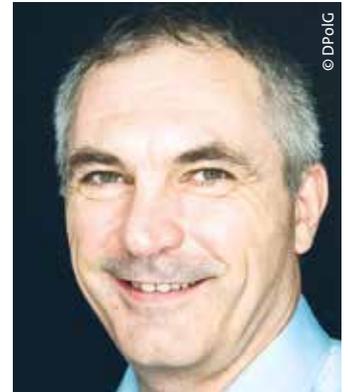
Fluggesellschaften sollen nach dem Willen des Bundesrates verpflichtet werden, künftig die Ausweispapiere der Fluggäste vor dem Einstieg in das Flugzeug mit den bei der Buchung angegebenen Daten abzugleichen. Dies geht aus einem Gesetzentwurf des Bundesrates „zur Änderung des Luftsicherheitsgesetzes zum Zwecke der Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen von Luftfahrtunternehmen bei der Abfertigung von Fluggästen“ hervor. Danach soll mit der Änderung sichergestellt werden, dass die Identität der Fluggäste bekannt ist und auch für polizeiliche Zwecke genutzt werden kann.

In der Begründung verweist der Bundesrat darauf, dass

die Luftfahrtunternehmen derzeit nicht verpflichtet seien, die Ausweispapiere ihrer Fluggäste zu prüfen und mit den Angaben bei der Buchung abzugleichen, um so die Identität der Fluggäste sicher festzustellen. Werden bei der Buchung falsche Identitäten angegeben und es finden keine Ausweiskontrolle sowie kein Abgleich bei der Abfertigung der Fluggäste statt, werde diese falsche Identität nicht erkannt. Da nur diese bei der Buchung von den Fluggesellschaften erfasst werde, könne nicht festgestellt werden, welche Personen sich tatsächlich im Flugzeug befinden.

Durch die mangelnde Kontrolle entsteht eine gewichtige Informationslücke, die es Kri-

minellen und Terroristen ermöglicht, sich unter falscher Identität Zugang zu Flügen zu verschaffen, heißt es in der Vorlage. Reisewege können so nicht nachvollzogen und Reisepläne von Personen, die sich bereits im Fokus der Sicherheitsbehörden befinden, nicht frühzeitig erkannt werden. Für eine wirksame Bekämpfung von Terrorismus und grenzüberschreitender Kriminalität sind dies jedoch wichtige Handlungsfelder. Die Verpflichtung der Fluggesellschaften, die Identität der Reisenden mit den Angaben bei der Buchung abzugleichen, erschwert die Verschleierung von Reisewegen und verbessert die Datengrundlage für die Ermittlungsarbeit der Sicherheitsbehörden, ohne diesen



Dirk-Ulrich Lauer, stellvertretender Bundesvorsitzender

neue Befugnisse zum Zugriff auf Daten einzuräumen.

Die Meinungsbildung der Bundesregierung zu diesem Thema ist noch nicht abgeschlossen, schreibt diese in einer Stellungnahme zum Gesetzesentwurf.

Neuer Mitarbeiter in der Geschäftsstelle Lübeck Marcel Bodien stellt sich vor

Aufgrund des bevorstehenden Renteneintritts von Angelika Zastrow und dem Rückzug aus der aktiven Arbeit von Hans-Joachim Zastrow gibt es einen neuen hauptamtlichen Mitarbeiter in Vollzeit in der Geschäftsstelle in Lübeck.

Seit dem 1. April 2022 ist Marcel Bodien (26 Jahre) Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle Lübeck.

Er ist für die vorbereitende Buchhaltung, die Mitgliederverwaltung, die Unterstützung des Ansprechpartners für die Geschäftsstelle Lübeck (Klaus Gehrke) und die Assistenz des Vorstandes bei der Geschäftsführung des

DPoIG Marktes verantwortlich.

Über die zentrale Rufnummer der Geschäftsstelle Lübeck und per Mail (marcel.bodien@dpolg-bpolg.de) steht der Kollege gern zur Verfügung.

Wir freuen uns einen neuen Kollegen gefunden zu haben, der uns unterstützt und damit der stetig wachsenden Zahl an Mitgliedern den gewohnten guten Service bieten kann.

■ Vorstellung Marcel

Moin aus Lübeck, seit Anfang April bin ich in der Geschäftsstelle Lübeck

und werde dort die Aufgaben der Buchhaltung und des Mitgliederservices übernehmen.

Zu mir: Ich bin am 11. Juli 1996 in Lübeck geboren. Nach meiner mittleren Reife 2013 besuchte ich die Berufsfachschule und erlangte die kaufmännisch fachgebundene Hochschulreife. Meine Ausbildung zum Kaufmann für Büromanagement schloss ich erfolgreich im Juni 2019 ab. Erste Berufserfahrungen sammelte ich nach der Ausbildung als Sachbearbeiter in der Auftragsabwicklung bei einer Druckerei für pharmazeutische Packungsbeilagen und Beipackzettel.



Marcel Bodien

Nach der Arbeit bin ich gerne auf dem Fußballplatz und trainiere in verschiedenen Vereinen die Torspieler.

Ich freue mich auf meine neue Tätigkeit.

Euer Marcel Bodien



Systemwechsel bei der Luftsicherheit notwendig

Am 28. März 2022 haben wir die beiden im Bereich Luftsicherheit zuständigen Ministerien, das Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, angeschrieben.

In diesen Schreiben schlagen wir einen längst überfälligen Systemwechsel mit beim Staat beschäftigten und multifunktional ausgebildeten Kontrollkräften sowie einer Privatisierung der bislang verstaatlichten Beschaffung von Kontrolltechnik in neu gegründeten (halb) staatlichen Sicherheitsgesellschaften vor.

Der Vorschlag berücksichtigt dabei sowohl die erforderliche, uneingeschränkte staatliche Verantwortung für die Luftsicherheit als auch die Interessen der Länder und der Flughafenbetreiber.

Das Prinzip „Sicherheit aus einer Hand“ wird dabei auf die örtliche Ebene projiziert, wobei Besonderheiten an den einzelnen Flughäfen entsprechend Berücksichtigung finden können.

An jedem Flughafen sollte der Bund beziehungsweise das jeweils zuständige Land (halb-)staatliche Sicherheitsgesellschaften (SG) gründen. Alle Sicherheitskontrollen an einem Flughafen können dann aus einer Hand durch diese SG sichergestellt werden.

Dabei ließen sich hohe Synergieeffekte beim Personalein-

satz erzielen, zumal sich die personalintensiven „Peaks“ bei Passagier- und Gepäckkontrollen grundsätzlich von denen bei Personal-, Waren- und Zugangskontrollen unterscheiden.

Ein eigenständiger und einheitlicher Ausbildungsberuf als Luftsicherheitsassistent würde diese positiven Aspekte verstärken.

Im Gegensatz zu privaten Sicherheitsdienstleistern wäre das Unternehmensziel von staatlich geführten Sicherheitsgesellschaften nicht der wirtschaftliche Ertrag, sondern die stets optimale Gewährleistung der Sicherheit des Luftverkehrs und der Passagiere verbunden mit einem effektiven und flexiblen Personaleinsatz.

Flughafenbetreiber könnten sich in solche Gesellschaften beispielsweise bei der Steuerung des Personaleinsatzes oder der Konfiguration von Kontrollstellen mit ihrem Know-how einbringen.

Die Übernahme der Beschaffung von Kontrolltechnik durch die Flughafenbetreiber wird zudem die aktuell langfristigen, behördlichen Beschaffungsprozesse des Bundes für den Einsatz moderner

und schneller Luftsicherheitskontrolltechnik deutlich verkürzen.

Die staatlich geführten und über die Luftsicherheitsgebühren refinanzierten SG könnten als Non-Profit-Organisationen zu jeder Zeit gut ausgebildetes und motiviertes Personal zur Verfügung stellen und dabei stets einen gleichbleibend hohen Sicherheits- und Servicelevel mit modernster Kontrolltechnik und Infrastruktur gewährleisten.

Der kommerzielle Druck würde zukünftig entfallen!

Vorbilder für bereits seit Jahrzehnten erfolgreich operierende staatliche Sicherheitsgesellschaften sind die SGM am Flughafen München sowie die halbstaatliche SGN am Flughafen Nürnberg.

Eine dementsprechende Konzeption der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft kann über unsere Homepage eingesehen werden.



Schaffung eines Schengenrats

Die von der französischen EU-Ratspräsidentschaft vorgeschlagene Schaffung eines „Schengenrats“ ist ein Thema der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage. Die Bundesregierung führt darin aus, dass der Schengenrat nach dem Vorschlag der französischen Ratspräsidentschaft „das zentrale politische Gremium für den Austausch zu den derzeitigen Reformen und den strategischen operativen Aspekten darstellen soll“.

Der Austausch im Schengenrat soll insbesondere der Erörterung der „wichtigsten politischen Orientierungen für Schengen“ dienen, der Prüfung der Lage im Schengenraum auf der Grundlage eines „Barometers“ sowie der „Mobilisierung der relevanten Instrumente zur Bewältigung von Krisen, die den Schengenraum beeinträchtigen“. Ebenso gehören zu den in der Vorlage genannten Zielen die Diskussion festgestellter systemi-

scher Defizite und die Prüfung von Mitteln zur Bewältigung dieser Defizite; der „Austausch bewährter Praktiken“ und mindestens einmal im Jahr die Festlegung von Leitlinien für die Tätigkeit der EU-Agentur „Frontex“ für die Grenz- und Küstenwache.

In der Sitzung des Rats für Justiz und Inneres (JI-Rat) am 3. März 2022 wurde der Vorschlag der französischen Ratspräsidentschaft laut

Bundesregierung von allen EU-Mitgliedstaaten grundsätzlich begrüßt. Wie aus der Antwort hervorgeht, stellt das „Barometer“ nach dem französischen Vorschlag einen Lagebericht des Schengenraums anhand messbarer Indikatoren dar. Diese sollten die Bereiche „Situation an den Außengrenzen“, „Lage an den Binnengrenzen“, „Migrationslage in der Europäischen Union“, „innere Sicherheit“ und „Gesundheitsrisiken“ umfassen. Vor-



> Dirk-Ulrich Lauer, stellvertretender Bundesvorsitzender

gesehen ist, das „Barometer“ dreimal pro Jahr vorzulegen. Eine erste Version ist in der Sitzung des JI-Rats am 3. März „positiv gewürdigt“ worden; Einzelheiten zu seiner Ausgestaltung werden laut Antwort vom 16. März geprüft.

Bezirksverband Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern

Nordderby und Heimspiel für den OV Kiel

Am 10. April 2022 war es mal wieder so weit – Nordderby-Zeit. KSV Holstein Kiel empfing als Gastgeber den Hamburger Sportverein (HSV). Ein spannendes Spiel mit erfolg-

reichem Ausgang für den Gastgeber. Drei Punkte für die Kieler.

Der OV Kiel der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft hat



© DPoIG (2)



> Oliver Ehmsen mit Ralf Neumann

es sich nicht nehmen lassen und hat eine Einsatzbetreuung für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort auf die Beine gestellt. Es gab wieder viele

gute Gespräche mit den Einsatzkräften, die für uns als DPoIG Bundespolizeigewerkschaft einen hohen Stellenwert haben.



Bezirksverband Flughafen Frankfurt/Main

Novellierung des BPOLG dringend notwendig

„Aus Wut über misslungene Ausreise: Ehepaar verletzt Bundespolizisten ...“, so der Titel im Presseportal der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt am Main am 21. April 2022.

Hintergrund ist, dass die Eheleute aufgrund einer Einreisesperre in Kanada von der Fluggesellschaft nicht mitgenommen worden sind.

Die Situation eskaliert, die Bundespolizei wird hinzuerufen und muss tätig werden, um die Personen letztendlich zwangsweise aus dem Sicherheitsbereich her-

auszuführen. Dabei wird ein Bundespolizist so verletzt, dass er ärztlich behandelt werden musste.

„Gegen das in Italien lebende rumänische Ehepaar ermittelt die zuständige Landespolizei nun wegen des Verdachts der Körperverletzung, des Widerstandes sowie des tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte ...“, so endet die Pressemitteilung.

Dies ist Alltag des Zuständigkeitenwarrs am Frankfurter Flughafen zwischen Bundespolizei und Landespolizei.

Augrund präventiver Zuständigkeit wird zunächst die Bundespolizei im Sicherheitsbereich (Transitbereich) tätig. Entwickeln sich jedoch aus der Situation strafbare Handlungen, ist für die Strafverfolgung die Landespolizei zuständig, **das heißt, die Polizei ruft die Polizei.**



Dirk Vaupel, Vorsitzender Bezirksverband Flughafen Frankfurt/Main

Leider hat man im vergangenen Jahr die Chance zu einer ordentlichen Novellierung unseres Bundespolizeigesetzes verpasst, sodass es auch künftig weiterhin beim Anruf bei der PD Flughafen heißen wird: „Hier ist die Bundespolizei, wir brauchen mal die Polizei vor Ort!“

Verantwortlich zeichnen nicht zuletzt die jetzt in Regierungsverantwortung Stehenden. Man kann nur hoffen, dass dieses drängende Problem zeitnah gelöst wird.



Gedenktafel

Im März und April verstarben unsere Mitglieder

Name	geb. am	verstorben am	OV
Sven Graßmann	21.04.1977	03.03.2022	OV Angermünde
Hans Uttenweiler	13.11.1932	09.03.2022	Sen. SH/MV
Wolfgang Steckel	27.07.1940	12.03.2022	Sen. RP/HE/SL
Björn Herhold	18.07.1970	12.03.2022	OV Cuxhaven
Herbert Stettner	30.04.1941	15.03.2022	Sen. BY
Steffen Köhler	10.05.1963	16.03.2022	OV Ebersbach
Gerd Fischer	27.04.1956	29.03.2022	Sen. BE/BB
Hansjörg Felbier	05.04.1940	02.04.2022	Sen. NI/HH/HB
Dieter Beck	19.11.1971	03.04.2022	OV Frankfurt/Oder

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

